# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 60 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 70 Pfg. u. wöchentlich 20 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 2.62 Mk., monatlich 44 Pfg. Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 25 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., sonst 50 Pf. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 19 — Mittwoch, den 23. Januar 1918 — 13. Jahrgang


# Die Bolschewiki-Regierung in Gefahr.

**Trotzki gegen die Ukraine. / Russische Minister ermordet. / Ein kühner Vorstoß türkischer Schiffe.**

## Das Selbstbestimmungsrecht.

In Petersburg üben sich die Maximalisten auf eine besondere, von ihnen bevorzugte Weise in der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts: mit Bajonetten haben sie die Konstituante auseinandergejagt. Man kann nicht gerade sagen, daß solche Methode besonders demokratisch anmutet; sie riecht einigermaßen nach Diktatur und würde den Zarismus nicht übel gestanden haben. Wenn die Herren Maximalisten das Selbstbestimmungsrecht aller übrigen in Frage kommenden Körperschaften so achten, wie sie das der verfassungsgebenden Versammlung geachtet haben, so können sie sich eigentlich künftighin auch durch den wildesten Annexionismus nicht bekehrt fühlen. So wie sie mit ihren eigenen Völkern in Petersburg verfahren sind, werden die Mittelmächte ganz gewiß mit keinem der Landesteile umgehen, um die Herr Trotzki mit so feuriger Dialektik in Brest-Litowsk gestritten hat. Und gerade die Brutalität, deren sich die Maximalisten gegenüber der Konstituante fähig gezeigt haben und für die sie dauernd die schlagendsten, ja sogar die totschlagendsten Beweise liefern, rechtfertigt auf das beste den Entschluß der Mittelmächte, die Landesteile, um die es sich bei dem Streit von Brest-Litowsk handelt, nicht ohne weiteres wieder in die Gewalt Rußlands zurückzugeben, sondern dafür Sorge zu tragen, daß diese Völker sich frei entscheiden können, wohin sie künftighin gehören wollen. Die Freiheit der Bolschewiki ist zu zweideutig, als daß unsererseits nicht mit weitgreifenden Sicherungen gearbeitet werden müßte.

Daß andrerseits gerade wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer Weise, die politisch Frucht bringt, respektieren, zeigen die Fortschritte, die unsre Verhandlungen mit den Ukrainern aufweisen. Die Ukrainer haben eingesehen, daß sie zu uns Vertrauen haben können, und wir dürfen es uns selbst bestätigen, daß wir tatsächlich gegenüber der Ukraine nichts getan haben, was solches Vertrauen hätte gefährden können. So haben sich denn die Beziehungen zwischen uns und der Ukraine gerade während der letzten Verhandlungstage sehr angenehm gestaltet, und es besteht berechtigte Aussicht, daß ein alle Beteiligten befriedigender Ausgleich gefunden werden wird. Daß auch hier mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden waren und einige Fragen erst noch gelöst werden müssen, ist selbstverständlich; wenn aber nicht alles täuscht, so wird es gelingen, zwischen der Ukraine und den Mittelmächten nicht nur einen dauernden Frieden, sondern auch die Wiederherstellung ausgiebiger Handelsbeziehungen und einen vollkommenen Austausch der kulturellen Güter herbeizuführen. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß durch den etwaigen Friedensschluß zwischen der Ukraine und den Mittelmächten das Selbstbestimmungsrecht sowohl der auf österreichischem Gebiet lebenden Ukrainer als auch der auf ukrainischem Gebiet lebenden Polen vollständig gewahrt werden wird, freilich in einer Form, die in vollkommener Weise den staatlichen Zusammenhang sowohl der Ukraine wie den der österreich-ungarischen Monarchie respektiert. Ist es soweit, so werden sich gewisse Trübungen, von denen wir während der letzten Tage hörten, daß sie sich in Oesterreich und in Ungarn bemerkbar gemacht haben, gewiß schnell klären, besonders, wenn etwa ungeduldig gewordene Volksteile dadurch erfahren werden, daß auch das politische Selbstbestimmungsrecht gewisse Grenzen findet, nämlich die der Zweckmäßigkeit und des ruhigen Beharrens bei der Abwicklung groß angelegter Pläne. Es wäre eine falsche Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wenn man es mit nervöser Willkür und ängstlicher Schwäche verwechseln wollte. Auch darf nicht übersehen werden, daß alles Selbstbestimmungsrecht seine unbedingten Grenzen findet an den Erfordernissen etwaiger Koalition, durch deren Bindung man offenbare Vorteile, und zwar keine geringen, erreichen konnte. Schließlich ist auch das Selbstbestimmungsrecht ein Gut, das nur dann Nutzen schafft, wenn es mit weitsichtiger Vernunft und erwägender Klugheit angewandt wird.

## Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 23. Januar.

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**

**Fast an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Auch südlich von der Scarpe lebte die Gefechtstätigkeit wieder auf.**

**Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erkundungen Gefangene eingebracht.**

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**

**Nördlich von Soissons und nordöstlich von Avoncourt folgte starke Feuerwirkung französischen Vorstößen. In heftigen Nahkämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterieabteilungen drangen östlich von Malancourt in die feindlichen Gräben und kehrten mit einer Anzahl Gefangener zurück.**

**Zwischen Beaumont und Ornes nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.**

**Oestlicher Kriegsschauplatz.**

**Nichts Neues.**

**Mazedonische Front.**

**Die Lage ist unverändert.**

**Italienische Front.**

**Zu beiden Seiten der Brenta Artilleriekampf.**

**Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.**

## Politische Uebersicht.

### Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

**Kommissionsberatungen.**

Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre Besprechungen mit den russischen Vertretern vorgestern fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits ihre Arbeiten aufgenommen hat. Vorgestern und gestern haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen verhandelt und formuliert: die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

**Neue Unterhändler der Ukraine.**

Wie die Berliner Blätter melden, ist von dem gegenwärtigen Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk, Joffe, bei der deutschen Friedensdelegation eine Mitteilung eingegangen, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Charkow zwei Bevollmächtigte zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk entsendet und daß die russische Delegation diese beiden Herren als Mitglieder aufgenommen habe. Aus den begleitenden Schriftstücken geht hervor, daß die Regierung in Charkow dem Generalsekretariat in Kiew und der dortigen Zentralrada das Recht, im Namen der Ukraine zu verhandeln, abspricht; diese Körperschaft stelle lediglich Organe der Bourgeoisie dar. Die Charkower Regierung, die eine Filiale der Bolschewisten darstellt, sucht ihren Anschluß an die Petersburger Regierung als an das Zentralorgan Allrußlands, der föderativen Gesamtrepublik des ehemaligen Zarenreiches. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Kiewer Regierung zu dieser neuen Sachlage stellen wird.

Das Petersburger Telegraphenbureau meldet aus Brest-Litowsk: Die russische Abordnung legte scharfen Protest gegen die Verhandlungen ein, die die ukrainischen Unterhändler mit den Mittelmächten geführt haben. Die „Prawda" meldet, daß der Vollzugsausschuß der Sowjets verlange, daß Lenin selbst nach Brest-Litowsk abreise.

**Russischer Bruch mit der Ukraine.**

Zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Bruch gekommen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur gibt bekannt: In Anbetracht dessen, daß die ukrainische Delegation ohne unser Wissen diplomatische Verhandlungen eingeleitet hat, sandte Trotzki ein Schreiben an die ukrainische Delegation, in dem es heißt: Während der Verhandlungen erklärte Kühlmann, daß in der Frage der besetzten Gebiete die Ukraine auf Verhandlungen eingehe, sobald Grenzen in Betracht kämen, die ihrem Einfluß unterliegen. Wie stellen nochmals ausdrücklich fest, daß die ukrainische Delegation trotz des sehr bestimmten Textes unseres Uebereinkommens und der gegenwärtigen Sachlage, die verlangt, daß wir solidarisch gegen den gemeinsamen Feind auftreten, sich gegen die revolutionäre Moral vergangen hat, die kein geheimes Uebereinkommen mit Imperialisten dulden kann. Mit Rücksicht auf die Massen der Arbeiter und Bauern in Rußland und der Ukraine, deren Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, beschlossen wir, jede Verantwortung für eure Verhandlungen abzulehnen. Wir wissen genau, daß das Vollzugszentralkomitee augenblicklich ein größeres Recht hat, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen, als die Kiewer Rada. Da sich nun eure Politik auf geheime Uebereinkommen und Verrat unserer Interessen gründet, finden wir es für Recht, darauf hinzuweisen, daß euer wirklicher Einfluß in keiner Weise euch das Recht gibt, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen.

Trotzki sucht damit also unsere Verhandlungen mit der Ukraine, die bereits vor dem Abschluß des Friedensvertrages standen, zu durchkreuzen. Man darf nur gespannt sein, ob die Zentralrada in Kiew, die mit uns verhandelte, sich diese anmaßende Sprache Trotzkis gefallen lassen wird.

Es sind inzwischen folgende weitere Meldungen eingelaufen:

**Ministerrat der Ukraine.**

Das Generalsekretariat der Ukraine tritt am 28. Januar zu einem außerordentlichen Ministerrat in Kiew zusammen. Der Rat wird sich mit den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen zwischen den ukrainischen Unterhändlern und den Delegierten der Zentralmächte beschäftigen und die entsprechenden Vollmachten zum Abschluß eines Friedens zwischen der Ukraine und den Zentralmächten erteilen.

**Ein österreichischer Bericht über Brest-Litowsk.**

Das K. u. K. Telegr.-Korr.-Bureau meldet aus Brest-Litowsk: Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß begründete Hoffnung besteht, über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Aussetzung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben einander zugesagt, sofort nach Abschluß ihrer Besprechungen in der Heimat nach Brest-Litowsk zurückzukehren.

**Die bevorstehende Kanzlerrede.**

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" nunmehr bestätigt, wird der Reichskanzler Graf Hertling am Donnerstag im Hauptausschuß des Reichstages das Wort nehmen. Dagegen ist es, wie der „Lokalanzeiger" schreibt, unsicher, ob sich an die Rede des Grafen Hertling eine Aussprache schließen wird. Die Entscheidung hierüber ist einer Konferenz vorbehalten, die Herr v. Kühlmann heute mit den Parteiführern über die Vorgänge in Brest-Litowsk haben wird. Die gemeinsam mit Herrn v. Kühlmann zu fassende Entscheidung über eine Erörterung der Hertlingschen Darlegungen soll lediglich von der Beantwortung der Frage abhängig gemacht werden, welchen Einfluß diese Erörterung auf die für den 29. Januar vorgesehene Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk haben könnte.

**Graf Czernin antwortet Wilson!**

In Wiener eingeweihten Kreisen verlautet, daß der Minister des Aeußern, Graf Czernin auf die Friedensanträge Wilsons antworten würde. Voraussichtlich wird dies im Ausschuß für Auswärtiges der Delegationen geschehen. Graf Czernin dürfte keinen unbedingt ablehnenden Standpunkt einnehmen, sondern die Momente weiter ausbauen, in welchen sich eine Uebereinstimmung anzubahnen beginnt. Es ist selbstverständlich, daß der Minister dabei auch mit voller Deutlichkeit auf jene Stellen hinweisen wird, die sowohl vom Standpunkt Oesterreich-Ungarns, als auch vom Standpunkt der Bundesgenossen unannehmbar finden.

**Abg. Stresemann über die Friedensfrage.**

In einer nationalliberalen Versammlung in Dresden sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann über die